



APRIL-Netzwerk

www.april-netzwerk.de

www.kommunal-ist-optimal.de

<http://blog.gemeingut.org/>

Wolfgang Franke: 0175-1553456

Mike Nagler: 0179-9619584

17.08.2012

Diskussion über „Privatisierungsbremse“ eröffnet

APRIL gibt Anstoß zur öffentlichen Debatte über zukünftige Privatisierungsentscheidungen

Das APRIL-Netzwerk eröffnet mit einem Rundbrief an zahlreiche Organisationen und gesellschaftlich engagierte Personen die Diskussion darüber, warum Leipzig eine „Privatisierungsbremse“ benötigt und wie diese aussehen könnte.

Das APRIL-Netzwerk vertritt aufgrund der Stadtratsbeschlüsse zur HL komm, perdata und dem Städtischen Bestattungswesen die Ansicht, dass das „Bekanntnis“ des Stadtrates zum Bürgerentscheid von 2008 nur ein Lippenbekenntnis ist.

„Das, was wir beobachten, ist eine „Salamitaktik“ beim Verkauf von öffentlichem Eigentum bzw. Betrieben und Unternehmen der Stadt Leipzig“, erklärt Wolfgang Franke vom APRIL-Netzwerk.

Das möchten wir nicht länger hinnehmen und angesichts der zukünftigen Herausforderungen und gesellschaftlichen Unwägbarkeiten – es sei nur die Bankenkrise genannt – stellt sich uns im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl die Frage: „Wie können politische Entscheidungen auf diesem sensiblen Feld in Zukunft nachhaltig gestaltet werden? Deswegen finden wir: Leipzig braucht eine „Privatisierungsbremse“, die verhindern soll, dass knappe Mehrheiten und kurzlebige politische Allianzen über unser Eigentum entscheiden.“

Mike Nagler ergänzt: „Eigentum, Anlagevermögen, Betriebe und Unternehmungen, die so wichtige Bausteine der Daseinsvorsorge und der Entwicklung der Potentiale unserer Stadt darstellen, müssen wetterfest gemacht werden und dürfen nicht Spielball kurzfristiger oder kurzsichtiger politischer Interessen und Entscheidungen sein. Die aktuell gefährlichen Entwicklungen der Finanzmärkte und die Gefahren und Unwägbarkeiten, denen sich die Stadt in finanzieller Hinsicht gegenüber sieht, unterstreichen diese Forderung umso mehr.“

Aus diesen Gründen möchten wir eine Diskussion dazu in der Öffentlichkeit anregen. Unsere Vorschläge und Anregungen gehen dahin, zukünftige Entscheidungen über Privatisierungen auf eine breitere Basis und Akzeptanz zu stellen. „Das könnte eine obligatorische Befragung der Bürgerinnen und Bürger sein oder aber auch eine 2/3-Hürde im Stadtrat für Veräußerungen ab einer bestimmten Wertgrenze, z.B. fünf Mio. Euro (festzuschreiben in der Hauptsatzung).“

Mit der Versendung des Briefes hoffen wir auf eine offene, anregende Diskussion unter den Bürgerinnen und Bürgern, den politischen Organisationen und Interessenvertretungen, wir sind gespannt auf die Reaktionen und Beiträge insbesondere auch der Kommunalpolitiker.